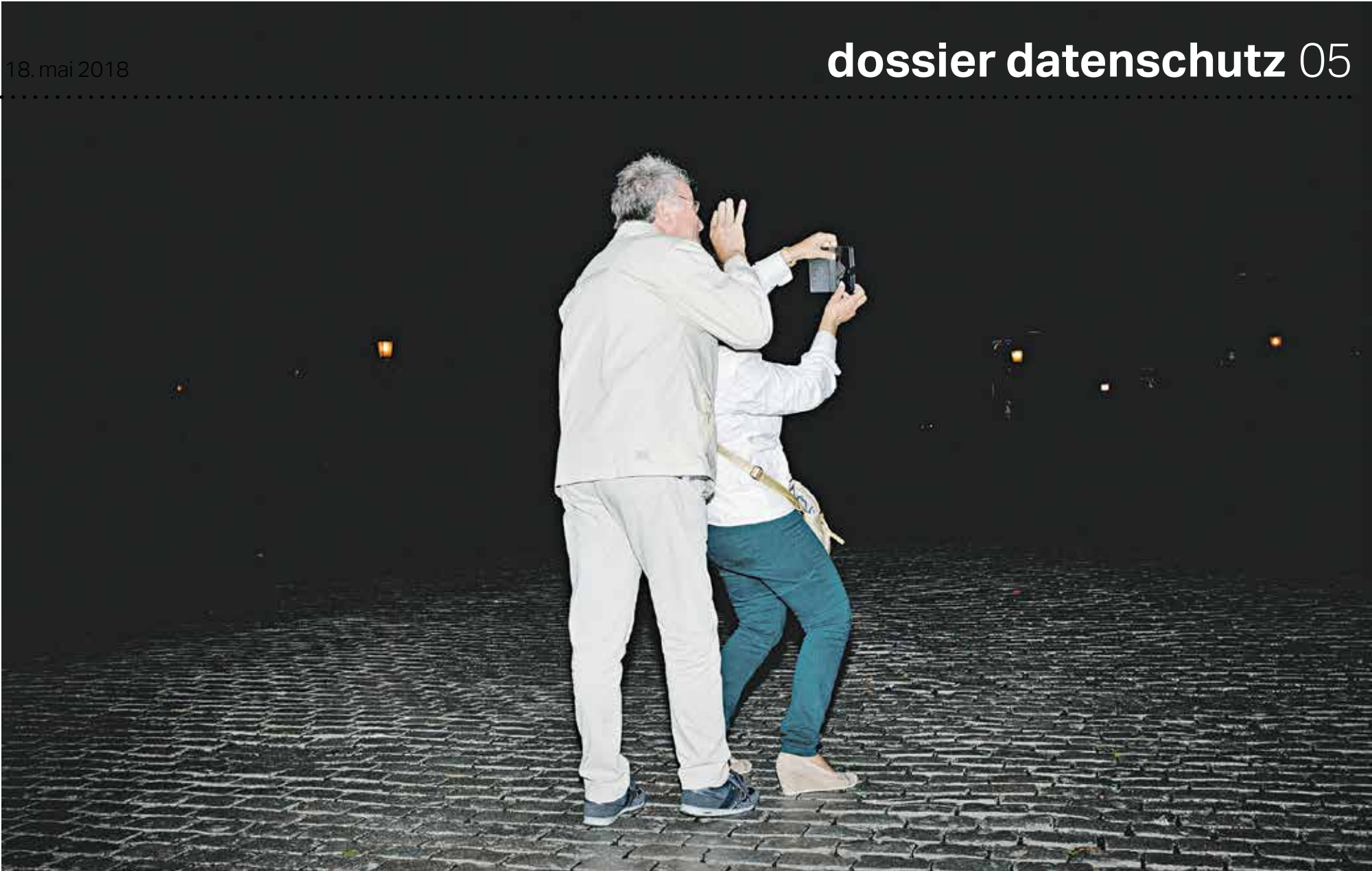


Ein digitales Foto ist ein Datensatz. Wie alle anderen Datenerhebungen unterliegt auch er grundsätzlich der neuen Verordnung



Digitalnerd, Duzminister

Jan Philipp Albrecht ist der Vordenker der neuen Datengesetze in Europa. Nach neun Jahren im EU-Parlament gilt der Grüne als Überflieger. Jetzt löst er Robert Habeck als Ressortchef in Kiel ab

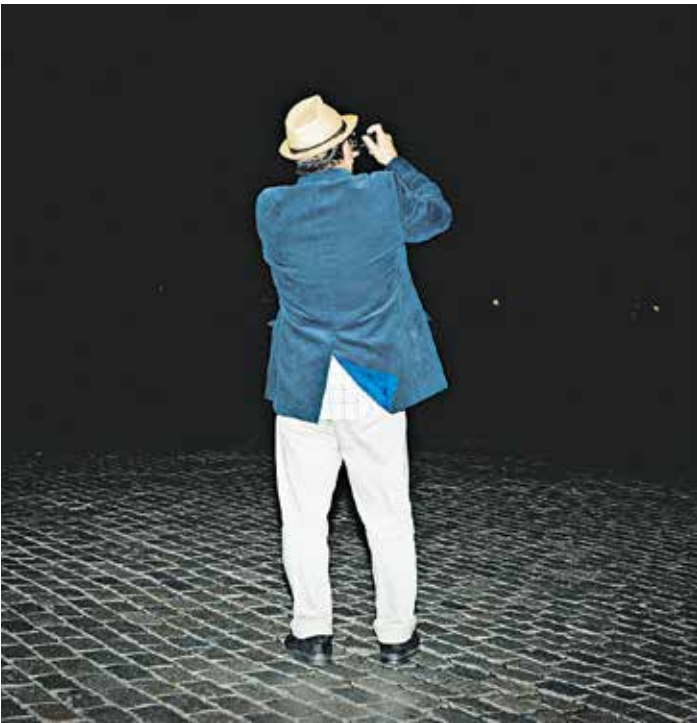
Aus Brüssel **Eric Bonse**

Ganz schön lässig, immer locker. Wer Jan Philipp Albrecht zum ersten Mal trifft, hat Mühe, ihn richtig einzuordnen. Mit seinem weiß-blauen Ringelpullover erinnert der ziemlich häufig gut gelaunte 35-Jährige auf den ersten Blick mehr an einen bretonischen Fischer als an einen gestandenen Europaabgeordneten.

Dabei ist Albrecht einer der bekanntesten – und einflussreichsten – EU-Politiker in Brüssel. Sein Name steht für Datenschutz und Demokratie. Der Grüne gilt als Vordenker und Mastermind der EU-Datenschutzgrundverordnung. Die DSGVO ordnet die digitalen Rechte und Pflichten ab kommenden Freitag in der gesamten EU neu. Experten sagen, die Verordnung habe sogar das Zeug, langfristig zum Weltstandard zu werden.

All das war nicht absehbar, als Jan – so nennen ihn Kollegen und Freunde – 2009 zum ersten Mal für das Europaparlament kandidierte. Damals war der nette junge Kerl aus Braunschweig in Deutschland komplett unbekannt. Nur bei den Grünen hatte er sich schon von 2006 bis 2008 einen Namen gemacht – als Bundeschef der Grünen Jugend.

„Er war kein Nobody“, sagt das grüne Urgestein Reinhard Bütikofer, ebenfalls EU-Parlamentarier. „Wir suchten damals neue, frische Gesichter mit Gestaltungswillen.“ Gemeinsam mit Sven Giegold und Barbara Lochbihler schaffte es Albrecht auf die Europaliste. Er war 26 Jahre jung, interessierte sich fürs Digitale – also die personalisierte Zukunft. Das gab den Ausschlag. Außerdem hatte es der als eher links geltende Albrecht geschafft, auch die Realos im Parteirat und -vorstand zu überzeugen.



Neun Jahre später gilt Albrecht als Überflieger – und gehört fast schon zum Establishment. Alle reden über seine relativ userfreundliche Datenschutzreform, auch in den USA. Sogar Facebook-Chef Mark Zuckerberg hatte die Datenschutzgrundverordnung gelobt. Die Europäer hätten „die Dinge richtig gemacht“, sagte er bei einer Anhörung im US-Kongress.

Das freut den jungen Juristen, der in Berlin, Bremen und Brüssel studiert hat. Ausgesprochen ärgerlich findet Albrecht, dass Zuckerberg sich keiner öffentlichen Anhörung im EU-Parlament stellen möchte. „Der US-Kongress konnte ihn dazu zwingen, wir leider nicht“, sagt Albrecht. Die Befragung im EU-Parlament findet nun hinter verschlossenen Türen statt. Mit einem freundlichen Empfang darf Zuckerberg hier nicht rechnen. Albrecht will ihn auf das umstrittene Geschäftsmodell von Facebook – den Verkauf von Kundendaten – an-

sprechen. Es könnte munter werden.

Noch mehr hätte der Grüne sich allerdings über den Besuch eines anderen Amerikaners gefreut: Edward Snowden. Monatelang kämpfte Albrecht dafür, Snowden zu einer Anhörung nach Straßburg zu holen, um über die NSA-Abhörraffäre zu sprechen. Am Ende scheiterte er nicht nur an den USA und ihrem weltweiten Snowden-Bann, sondern auch am damaligen Parlamentspräsidenten Martin Schulz – der SPD-Mann wollte sich nicht in die Nesseln setzen.

Eine Niederlage war das aber nicht, sagt Albrecht, heute stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses. Schließlich habe das Parlament zwei Resolutionen vorgelegt, die die Überwachung durch die Geheimdienste einschränken sollen. Allerdings beerdigten die EU-Staaten die Affäre hinterher klammheimlich. „Die nationale Sicherheit hat Vorrang“, klagt Albrecht. Die Geheimdienste seien

ein „schwarzes Loch des Rechtsstaats“.

Auch beim Datenschutz haben die Regierungen versagt, findet Albrecht. „Nicht ein einziger Mitgliedsstaat hat den Bürgern und den Unternehmen die neuen Regeln erklärt, das ist ein Skandal.“ Deutschland hat die Datenschutzgrundverordnung zwar schon in nationales Recht umgesetzt. Die Bundesregierung habe jedoch zu wenig getan, um die „Exzesse“ der Abmahnbranche einzuschränken. Einige spezialisierte Anwälte nutzten dies nun, um „Panik“ zu verbreiten.

Überhaupt, die deutsche Politik. Im Gespräch mit Albrecht spürt man, wie sehr sie ihn umtreibt – und aufregt. Viele in Berlin würden sich zwar in Sonntagsreden zur EU bekennen, sagt Albrecht, doch die „europäische Perspektive“ sei nicht wirklich vorhanden, „in der Praxis ist doch alles sehr deutsch“.

Vielleicht kann er jetzt daran etwas ändern: Ab September muss Albrecht beweisen, dass er nicht nur Fachexperte, sondern auch Minister kann. Dann wird der grüne Jungstar Ressortchef für Umwelt, Landwirtschaft und Digitales in der schleswig-holsteinischen Jamaika-Koalition. Mit seinem Wechsel nach Kiel will Albrecht, der neben dem deutschen auch einen französischen Pass hat (seine Großeltern leben in der Provence), „Europa und die Digitalisierung nach Deutschland tragen“.

Neben seinem Mentor, dem Grünenchef und noch amtierenden Kieler Umweltminister Robert Habeck („er ist mein Traum-Nachfolger“) zählt Albrecht auch die Grünen-Kovorsitzende Annalena Baerbock zu seinen politischen Freunden. Die Erwartung in Kiel ist klar: Albrecht soll hier weniger den Digitalnerd als vielmehr den volksnahen Minister geben, der sich nach der Stallbesichtigung mit den Bauern duzt.

Wie Habeck. Aber: Während Habeck als Realo gilt, den auch die Parteilinke schätzt, ist Albrecht der Grünen-Linke, den auch die konservativeren Teile der Partei gut finden.

Die meisten Fans hat Albrecht wohl im Norden. Er ist bekennender St.-Pauli-Anhänger. Dennoch dürfte ihm der Wechsel von Brüssel nach Kiel nicht ganz leicht fallen. „Ich hätte auch gut in Brüssel bleiben können“, räumt er ein. Neben der Arbeit im Parlament gefällt ihm das multikulturelle Flair. Vor allem die Place Flagey im Szenenviertel Ixelles mit dem Wochenmarkt und den vielen Kneipen wird ihm wohl fehlen.

Albrecht ist der Linke, den auch konservativere Teile der Partei gut finden

Doch die Arbeit als Europaabgeordneter hat auch Schattenseiten. Die EU-Politik sei nicht genug an die Bürger „rückgekoppelt“, findet Albrecht. Außerdem hätten die Lobbyisten in Brüssel zu großen Einfluss. Allein zur Datenschutzgrundverordnung wurden dem zuständigen Parlaments-„Berichterstatler“ Albrecht 4.000 Änderungsanträge eingereicht, beinahe hätten die Interessenvertreter und ihre Freunde bei den Europaabgeordneten die parlamentarische Arbeit lahmgelegt.

Ein weiteres Problem: die Mitgliedsstaaten. „Die Intransparenz im Ministerrat hat mich am meisten heruntergezogen“, sagt Albrecht. In der Vertretung der 28 EU-Länder gehe es alles andere als offen und demokratisch zu. „Das ist eine Blackbox“, klagt der Abgeordnete. Die Mitglieds-

staaten versuchten, unter dem Deckmantel der Diplomatie die EU-Gesetzgebung zu beeinflussen – oder zu hintertreiben.

Auch Deutschland stand auf der Bremse – oft zusammen mit den Briten, die es mit dem Datenschutz nicht immer so genau nehmen. Doch Albrecht wusste sich zu wehren – auch durch offensive Öffentlichkeitsarbeit. Wie man mit Journalisten umgeht, hat er – unter anderem – auch 2005 bei einem Praktikum in der Lokalredaktion der taz in Bremen gelernt. Über Albrechts Clinch mit den dunklen Mächten wurde sogar ein Film gedreht. „Im Rausch der Daten“ – so der Titel – zeigt, wie schwer Demokratie in Zeiten der Digitalisierung geworden ist.

Albrecht und die damalige EU-Justizkommissarin Viviane Reding „versuchen das vermeintlich Unmögliche und stellen sich einem harten, fast undurchdringlichen politischen Machtapparat, in dem Intrigen, Erfolg und Scheitern so nahe beieinander liegen“, heißt es im Trailer. Auf jeden Fall zeigt der Film gut, wie spannend, komplex und undankbar EU-Politik sein kann.

Ob sich Jan Philipp Albrecht im deutschen Politikbetrieb genauso wohlfühlt wie im europäischen, steht auf einem anderen Blatt. Kiel ist nicht Berlin. Doch er wäre nicht der erste Europäer, der sich in Deutschland schwer tut.



Jan Philipp Albrecht
Foto: Markus Scholz/dpa